



Die EU ist ein Friedensprojekt

Die Bedeutung der Europawahl stellt Daniela Petersen heraus

Am D-Day vor 80 Jahren kämpften junge Soldaten für die Freiheit und gegen die Tyrannei in Europa. Es war der Anfang vom Ende eines grausamen Krieges und läutete eine lange Friedensphase ein, in der die Freundschaft zwischen den Ländern wuchs und schließlich auch Deutschland seinen Platz in der europäischen Gemeinschaft fand. Die Männer haben damals Großes für die Freiheit und die Demokratie geleistet. Eine Freiheit, die auch 80 Jahre später fragil ist. Wieder tobt ein Krieg in Europa. Die Bedrohung durch Russland ist real. Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich. Für diese Werte jetzt ein Zeichen zu setzen, ist um einiges leichter und ungefährlicher, als es damals für die Soldaten war. Wir müssen einfach am Sonntag wählen gehen. Denn auch die Europäische Union, die uns so viel Freiheit bringt, ist fragil. Dass der Handel zwischen den Mitgliedsstaaten durch diesen Zusammenschluss erleichtert wird, dass wir uns so frei bewegen können, eine Währung haben, dass die EU das Friedensprojekt schlechthin ist und wir zusammen stärker und im globalen Vergleich mit den USA oder China ein größerer Player sind, all das sind Vorteile, die eine große Kompromissbereit-

schaft voraussetzen und hart erungen wurden. Sicher: Es krankt auch in der EU. Mitunter steht sie sich selbst im Weg: Bürokratie, mangelnde Transparenz und die Tatsache, dass die wirtschaftlichen Unterschiede der einzelnen Länder auch zu Spannungen führen, macht es nicht immer leicht, an ein gemeinsames Europa zu glauben. Dieses mangelnde Vertrauen in die EU-Politiker und auch Gleichgültigkeit sorgten in der Vergangenheit dafür, dass die Beteiligung an der Europawahl gering ausfiel. 2019 setzte nur jeder zweite wahlberechtigte Europäer sein Kreuz. Immerhin: In Deutschland lag die Wahlbeteiligung bei 61,4 Prozent – im Vergleich zu 2014, wo es lediglich 48,1 Prozent waren, ein Fortschritt. Vielleicht hält dieser Trend ja an, zumal nun schon 16-Jährige wählen dürfen. Das wäre wünschenswert. Denn eines muss jedem klar sein: In der EU werden viele Weichen gestellt, die unser aller Leben betreffen: Angefangen von Umweltgesetzen wie dem unseligen Aus der Verbrennermotoren bis hin zur Zinspolitik in der Eurozone oder Vorschlägen in der Migrationspolitik. Wer die Zukunft mitbestimmen will, der sollte seine Stimme abgeben. Ein Kreuz für Freiheit und Demokratie.

Putins wüste Drohungen

Marcus Sauer zum **Ukraine-Krieg**

Russlands Diktator Wladimir Putin kennt die „German Angst“. Er war als KGB-Agent lange genug in der DDR stationiert. Der Despot weiß, wie die Deutschen ticken. Und dass die Furcht vor einem Dritten Weltkrieg bei ihnen besonders ausgeprägt ist. Deshalb adressiert er seine Drohungen immer wieder an Deutschland. Und das durchaus mit Erfolg. Nun versuchen Putin und seine Bluthunde, Kanzler Olaf Scholz mit wüsten Drohungen bis hin zum Schwingen der atomaren Keule von der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern abzuhalten. Man fragt sich allerdings, was gemeint sein soll mit der „Zerstörung deutsch-russischer Beziehungen“. Davon ist ja nichts mehr übrig. Russland nutzt jede Gelegenheit, um Stimmung gegen den Westen, zu machen, ihm böse Absichten zu unterstellen und ihm die Schuld an dem Krieg in der Ukraine in die Schuhe zu schieben.

Peinigung statt Geborgenheit

Claus Schöner zu **häuslicher Gewalt**

Zuhause. Das klingt nach Geborgenheit. Nach Sicherheit. „Die Wohnung ist unverletzlich“, sagt das Grundgesetz. Doch für viele Menschen, besonders für Frauen, ist dieser geschützte Ort einer der Pein, der Demütigung, des Schmerzes. Die Zahlen sind erschütternd: 2023 sind 155 Frauen durch „Partnerschaftsgewalt“ getötet worden, mehr als 250 000 Fälle häuslicher Gewalt wurden registriert. Tendenz steigend. Die Dunkelziffer liegt jedoch höher. Es sind furchtbare Martyrien, die sich unter deutschen Dächern abspielen. Viele im Verborgenen. Aber längst nicht alle: Nachbarn hören Schreie, Freunde und Kollegen sehen blaue Flecken. Und sagen oftmals nichts. Da muss es einen Bewusstseinswandel geben. Denn häusliche Gewalt geht sehr wohl jeden etwas an, denn jeder ist verpflichtet, zu helfen, wenn er mitbekommt, dass jemand in Not und Opfer eines Verbrechens ist.



Europäische Befindlichkeiten

Karikatur: Jürgen Tomicek

Neue Energie für grünen Wasserstoff

Jochen K. Michels

erinnert an die deutsche Entwicklung des sicheren TRISO-Kugelbett-Reaktors, der kein Endlager benötigt, heute in China läuft und in den USA weiterentwickelt wird.

Lange Jahre hat man in deutschen Zeitungen, Zeitschriften und anderen Medien über Kernenergie fast nichts gelesen. Wenn mal ein Bericht oder eine Meldung erschien, war immer von den Nachteilen, Gefahren, Bedrohungen für das Klima die Rede. Der Schutz der Lebensgrundlagen (GG 20a) für uns Menschen und der Umwelt kamen kaum vor. In unserer Region ist das nicht nur schade, sondern sogar falsch. Stand doch in der damaligen Kernforschungsanstalt Jülich (KFA) die Wiege einer bedeutenden Entwicklung dieser Energiequelle. Der TRISO-Kugelbett-Reaktor (von englisch TRistructural-ISotropic) erfuhr dort seine Reife und wurde später in Hamm als Demo-Exemplar betrieben. Eine Technik, die den Gau, die Kernschmelze verunmöglicht und kein Endlager benötigt.

Doch wurde sie in Deutschland mit allen anderen Kernkraftwerken zum Vergessen verurteilt. Und kein anderes Land der Erde hat sich so schnell und radikal vom Atom verabschiedet, wie unseres. Dabei ist es, wie auch die Sonne, ein Schöpfungsgeschenk. Seit zwei Jahren, in denen die Energiewende ihre Schattenseiten schonungslos zeigt, wird nun über das eine oder andere „Kern-Ereignis“ im Ausland berichtet. Oft sind es nur ferne Ziele und dubiose Vorhaben. Die täglichen Großleistungen, die Millionen Menschen ihr Dasein durch günstige Energie er-



Der Gastautor ist Wirtschaftsingenieur und selbstständiger Unternehmensberater. Seit 2005 widmet er sich der Gau-freien und endlagerlosen Kerntechnik, vor allem dem Hochtemperatur-Kugelbett-Verfahren und der Sprit-Erzeugung.

möglichen, werden dabei kaum erwähnt. Wenn über Fusion oder modulare Kernspaltungsreaktoren (SMR) oder Flüssigreaktoren berichtet wird, wird oft verschwiegen, dass wir darauf noch mindestens 20 bis 30 Jahre warten müssen.

Die wirklich zeitwendende Technik aus Jülich wird dagegen nicht erwähnt. Das verwundert. In China hat man damals das Einmalige von Jülich erkannt und weiter entwickelt. Seit fast zwei Jahren ist der erste TRISO-Kugel-Reaktor dort am Netz und seit 6. Dezember im kommerziellen Betrieb. Er liefert mit zwei 105-Megawatt-Modulen auf eine Turbine gut 200 Megawatt Strom in Shidaowan in Shandong. Dort werden auch viele andere Reaktortypen entwickelt, betrieben

und verglichen. Die Standard-Auskunft lautet, dass man über 90 Prozent local content (Zulieferungen aus dem eigenen Land) darin verwirklicht hat. Wie viel damals von Deutschland „abgegeben“ wurde, wird nicht erwähnt. Fragt man im heutigen Forschungszentrum Jülich oder auch im Wirtschaftsministerium Düsseldorf, ist darüber nichts bekannt. Es sollte uns auch heute nicht mehr wichtig sein. In den USA hat man die Bedeutung der TRISO-Brennelemente so klar erkannt, dass über ein Dutzend Start-ups und etablierte Anlagenbauer neue Modelle auf dieser Basis entwickeln. Zwei davon sollen im Regierungsauftrag schon in zwei Jahren lauffähige Exemplare fürs Militär fertigen. Soeben hat das Chemieunternehmen DOW den Bau eines industriellen TRISO-Reaktors an den Reaktorentwickler X-Energy vergeben. Klar ist, dass wir in Deutschland mit dieser Technik am schnellsten wieder die Kernenergie nutzen können. Dafür garantiert die „inhärente Sicherheit“, die keins der heute weltweit 450 Leichtwasser-Kernkraftwerke bietet. Sobald sich eine Änderung Pro-Atom abzeichnet, sollte daher diese erprobte Technik ganz vorn auf der Shortlist stehen. Ein Hauptgrund dafür ist auch, dass man mit der Hochtemperatur den grünen Wasserstoff aus Wasser mit wenig Strom erzeugen kann. Hier, wo jetzt der grüne Stahl seine Heimat finden soll, sollte man auch den Wasserstoff umweltschonend bereitstellen.

FRAGE DES TAGES

Droht Orwells Überwachungsstaat Realität zu werden?

„1984“, der dystopische Roman des englischen Schriftstellers, ist vor 75 Jahren erschienen und wurde ein Klassiker.

Ja

75,7 %

Nein

24,3 %

Insgesamt 561 Teilnehmer (Auflösung der Frage vom Freitag, Ergebnis nicht repräsentativ)

Die TED-Telefonnummern für die aktuelle Umfrage von Seite 1 lauten: für Ja: 01379 79 00 81, für Nein: 01379 79 00 82. Ihr Anruf wird bis Sonntag, 18 Uhr, gezählt. Das Ergebnis der Umfrage erscheint in der nächsten Ausgabe. Ein Anruf aus dem Festnetz kostet 50 Cent. Mobilfunkpreise können abweichen.

LE FIGARO

Der Mut der Befreier

Der Pariser „Figaro“ schreibt zu den D-Day-Feiern:

Man könnte meinen, dass die 25 Staats- und Regierungschefs, die in die Normandie reisten, alle aus demselben Grund dort waren: um den Mut und die Opferbereitschaft der Befreier angesichts der letzten Überlebenden des D-Day zu ehren. Dennoch haben sie unterschiedliche Ambitionen. Joe Biden muss die Wähler davon überzeugen, dass die Unterstützung der Ukraine unerlässlich ist, um eine Wiederholung der Geschichte zu vermeiden. Emmanuel Macron will der Anführer des europäischen Widerstands gegen Wladimir Putin sein.

PRESSESTIMMEN

THE TIMES

Klare Positionierung

Die Londoner „Times“ bemerkt zu Joe Biden:

Joe Biden versicherte Wolodymyr Selenskyj, dass die USA und die Nato die Ukrainer nicht im Stich lassen werden, die „mit außerordentlichem Mut kämpfen“ gegen „einen Tyrannen, der die Macht an sich reißen will“. Damit grenzt sich Biden klar von Donald Trump ab, der vorgeschlagen hat, die Ukraine-Hilfe zu kürzen und zudem die Nato verhöhnt hat. Vielleicht folgt Biden auch geschickt dem Wahlkampf-Drehbuch von Ronald Reagan, der den 40. Jahrestag des D-Day nutzte, um sein Image als globaler Staatsmann aufzupolieren.

Neue Zürcher Zeitung

Schlechte Tradition

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bewertet die FTI-Pleite:

Es ist auch in Deutschland schlechte Tradition: Die Regierung neigt zur publikumswirksamen Rettung bekannter oder großer Unternehmen, wenn diese finanziell in Not geraten sind, wogegen täglich viele kleine Unternehmen unbeachtet untergehen. Das ist in vielerlei Hinsicht falsch. Deswegen ist es gut und richtig, dass Berlin dem Reisekonzern FTI nun nicht zu Hilfe eilt. Der Höhepunkt der staatlichen Rettungsmanie wurde in der Corona-Krise erreicht, als Berlin ein Füllhorn über 600 Milliarden Euro geschaffen hat.